

Pro Militia

ZEITUNG DER «PRO MILITIA» VEREINIGUNG EHEMALIGER UND EINGETEILTER ANGEHÖRIGER DER SCHWEIZER ARMEE
JOURNAL DE «PRO MILITIA» ASSOCIATION D'ANCIENS MILITAIRES ET DE MILITAIRES INCORPORÉS DE L'ARMÉE SUISSE
GIORNALE DI «PRO MILITIA» ASSOCIAZIONE DI EX MILITARI E DI MILITARI INCORPORATI DELL'ESERCITO SVIZZERO

Schulterschluss für eine starke Armee

Andreas Widmer

Die Arbeitsgemeinschaft für eine wirksame und friedenssichernde Milizarmee (AWM) will den kürzlich erfolgten Schulterschluss der verschiedenen Milizverbände weiter stärken. Damit soll der Druck auf die Bundesversammlung zugunsten einer glaubwürdigen Armee erhöht werden. Auf dem Spiel steht die Sicherheit der Schweiz.

Am 13. Februar 2011 wurde die Waffenverbotsinitiative über Erwarten deutlich von Volk und Ständen verworfen. Dieser klare Abstimmungssieg verlängert die lückenlose Reihe von Volksentscheiden zu Gunsten einer starken Landesverteidigung. Er wurde letztlich erzielt durch das aufklärende und mobilisierende Engagement unzähliger Einzelpersonen aus Schützen- und Milizorganisationen. Dieser Erfolg, der gegen eine erdrückende mediale Übermacht hart erkämpft wurde, muss uns anspornen, auch die zukünftigen Weichenstellungen im sicherheitspolitischen Bereich wirkungsvoll und rechtzeitig in unserem Sinn zu beeinflussen. Wir müssen vermehrt aktiv agieren – das Abwarten neuerlicher Angriffe der GSoA und ihrer Verbündeten im linken und grünen Lager oder auch das Vertrauen auf die müde (oder sorglos?) gewordenen Kräfte zur Mitte ist für die Zukunft untauglich.

Versuch der Rechtfertigung

Der Handlungsbedarf ist evident. Sowohl der sicherheitspolitische Bericht als auch der Armeebereich

Inhaltsverzeichnis Table des matières Indice

Schulterschluss für eine starke Armee	1
Serrons les rangs autour d'une Armee digne de ce nom	2
Coesione per un esercito forte	3
Zur Lage	3
staatspolitische Vernunft/ Raison d'Etat/Buonsenso civico	4
Die geheimen Dienste der Schweiz	5
Armee und Bundeshaus	6
Generalstabsgeschichte	7
Buchempfehlungen/ Recommandations de livres/ Lecture raccomandate	7
Leserbriefe/Hinweise	8
Impressum/«Ich trete bei; J'adhère; Mi faccio socio»	8

genügen aus Sicht der Milizorganisationen nicht und haben die hohen Erwartungen für derartig wichtige Grundlagendokumente nicht erfüllt. Der sicherheitspolitische Bericht lässt eine klare Strategie vermissen, weicht den Kernfragen, die politischen Zündstoff enthalten, aus und beschränkt die Weiterentwicklung der Armee a priori auf deren weitere, offensichtlich finanzpolitisch begründete Reduktion. Schliesslich wird die Bedrohungsanalyse unter dem Diktat des Spardrucks auf jene kurzfristig möglichen Ereignisse fokussiert, zu deren Bewältigung eine in allen Bereichen reduzierte Armee möglicherweise noch knapp genügen könnte. Die Devise «Wahrscheinlichkeit vor Gefährlichkeit» ist keine vorausschauende und überzeugende Sicherheitspolitik, sondern der untaugliche Versuch, den bundesrätlichen Sparbeschluss vom 26. November 2008, welcher die Armee materiell, personell und finanziell massiv reduzieren will, zu rechtfertigen. Das Primat der Finanzpolitik muss im Sicherheitsbereich hinterfragt werden. Die Verunsicherung in der Bevölkerung sowie unter den Armeeangehörigen, welche wegen fehlender Ausrüstung und Betriebsmittel den Ernst der Lage kennen und ertragen müssen, wird sonst weiter zunehmen.

Nötiger Schulterschluss

Die in den erwähnten Berichten definierten Eckwerte müssen zwingend nach oben verändert werden. Ansonsten droht die letzte Sicherheitsreserve unseres Landes, die Armee, auf dem Weg einer willkürlichen finanziellen und personellen Ausdünnung bald in die Bedeutungslosigkeit abzusinken! Die Zeichen der Zeit müssen nun verstärkt auch bis ins Bundeshaus durchdringen. Dem sich mit der Ersatzbeschaffung von Kampfflugzeugen zierenden Bundesrat stehen erste sanfte Gegenströmungen und aus den sicherheitspolitischen Kommissionen gegenüber. Die Vertreter dieser Bemühungen unter der Bundeskuppel gilt es persönlich und mit aller Kraft zu unterstützen. Zu diesem Zweck ist ein breiter Schulterschluss der Milizverbände dringend erforderlich. Auf Einladung der AWM haben sich die Vertreter der grössten Milizverbände im Herbst letzten Jahres zu einer Initialsitzung getroffen.

Gemeinsame Forderungen

Die gemeinsam erarbeitete Position, welche mittlerweile von allen

Milizverbänden mitgetragen wird, lautet dabei insbesondere:

- Basis allen Handelns bilden die drei verfassungsmässigen Aufgaben der Armee und die daraus abgeleiteten Aufträge. Darauf auszurichten sind die Grösse und Ausrüstung der Armee, wozu eine moderne und leistungsfähige Luftwaffe gehört.
- Der Bedrohungsanalyse darf sich modernsten Bedrohungsformen wie etwa Fernwaffenbeschuss oder Cyberwar nicht verschliessen. Auf die Wertung der Eintretenswahrscheinlichkeiten ist dabei zu verzichten. Es sind auch langfristige Risiken zu berücksichtigen, die sich aus den noch immer weltweit steigenden Rüstungsausgaben und einer weiteren Radikalisierung gewisser Staaten, die gar nicht so weit entfernt liegen, ergeben könnten.
- Vorauseilende Reduktionen bei Armeefinzen oder Strukturen sind nicht opportun. Bevor die sicherheitspolitischen Grundlagen nicht festgelegt sind, dürfen durch das VBS und die Verwaltung keine Präjudizien geschaffen werden.

Bestände: ungenügend

Inhaltlich erweist sich auch der Armeebereich in entscheidenden Punkten als ungenügend. Er listet zwar den jetzigen Zustand der Armee recht umfassend auf, weist jedoch bei der Zuteilung der Mittel zu den geforderten Leistungen einen Bruch auf. Das Leistungsprofil ist kaum mehr verfassungskonform, wie dies auch das Gutachten von Prof. Rainer Schweizer vom 23. August 2010 ausführlich belegt. Die vorgesehenen Bestände und Mittel reichen weder für den Verteidigungsfall noch für die Unterstützung der zivilen kantonalen Behörden aus. Dies hat auch die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats richtig erkannt und entsprechende Zusatzaufträge erteilt. Basierend auf den neu präsentierten Armeevarianten ist völlig klar, dass

- ein aktiver Armeebestand (ohne Schulen und Basisleistungen) von mindestens 120 000 vollständig ausgerüsteten Armeeangehörigen sowie eine notwendige Reserve an inaktiven AdA, basierend auf einem klar definierten Leistungsprofil in zeitlicher und räumlicher Hinsicht, das unterste Limit darstellen;
- ein Budget für die militärische



Landesverteidigung von jährlich mindestens 5 Milliarden Franken zwingend notwendig ist, wobei die nötige Finanzierung mittel- bis langfristig sichergestellt werden muss;

- die Wiederaufnahme der Beschaffung des Tiger-Teilersatzes, die vom Bundesrat unverantwortlicher Weise abgebrochen wurde, rasch angegangen werden muss, denn ohne TTE kann die Luftwaffe in absehbarer Zeit nicht einmal mehr den Luftpolizeidienst aufrecht erhalten;
- die überhastet eingeleiteten Massnahmen zur Ausserdienststellung von Ausrüstungsgütern und Infrastrukturen sistiert werden müssen;
- die derzeit laufenden Planungen zur Weiterentwicklung der Armee sich nicht blindlings nur auf die vom Bundesrat aufoktruiert «Schmalspurvariante» eines Armeebestands von 80 000 AdA ausrichten dürfen, sondern auch ein kraftvolleres und vom Parlament hoffentlich bald bestätigtes Mengengerüst berücksichtigen müssen.

Fähigkeit zum Mobilisieren

Die Ereignisse in Nordafrika und im arabischen Raum zeigen einmal mehr, wie instabil und vor allem unvorhersehbar die politische Lage ist. Auch die Schweiz kann sehr rasch die Auswirkungen der aktuellen Umwälzungen zu spüren bekommen – etwa in Form von humanitären Krisen, Flüchtlingsströmen, Energieknappheit oder der Evakuierung von Schweizer Bürgern. Natur- und Technologiekatastrophen wie in Chile, Haiti, Neuseeland und Japan zeigen, dass eine Armee innert Stunden eine sehr grosse Anzahl Soldaten mobilisie-

ren können muss, um die zivilen Behörden bei der Schadensbewältigung zu unterstützen. Es sei beispielsweise daran erinnert, dass in zivilisierten Nationen wie Chile und Neuseeland innert Tagen das Eigentum der Bürger der betroffenen Gebiete von Infanterie-Einheiten vor Plünderung geschützt werden musste.

Eingeholt von der Realität

Die Armee ist die einzige Sicherheitsreserve in der Hand der Schweizer Regierung. Nur eine modern ausgerüstete und für die personalintensiven Aufgaben genügend grosse Armee ist in der Lage, die Schweiz und ihre Bevölkerung zu verteidigen und die kantonalen Behörden zu unterstützen. Die stete Reduktion der Armee(-Ausgaben) auf wahrscheinliche Einsätze ist von der Realität in den letzten Monaten diskreditiert worden. Von der Politik sind die gefährlichsten Bedrohungen zu berücksichtigen und die nötigen Mittel zu deren Abwehr sowie zur Bewältigung deren Folgen zu sprechen.

Die Milizverbände werden diese Anliegen gemeinsam und mit Bestimmtheit verfolgen. Eine gute Chance, diese Forderung bei der Politik zu platzieren, bilden dabei die bald anstehenden Wahlen in die eidgenössischen Räte. Sicherheit hat ihren Preis – daran müssen wir unsere (bürgerlichen) Vertreter in Bern, welche die Verantwortung für Leistungsprofil, Ausrüstung und das zugehörige Budget haben, mit Nachdruck erinnern!

Andreas Widmer,
Präsident der Arbeitsgemeinschaft
für eine wirksame und friedenssichernde
Milizarmee AWM,
Stadtrat Wil (SG).

Serrons les rangs autour d'une armée digne de ce nom

Andreas Widmer

La communauté de travail pour une armée de milice crédible et garante de paix (AWM) veut juguler les efforts des associations sengageant en faveur de notre armée. L'objectif est de prendre davantage influence auprès de l'Assemblée fédérale afin que celle-ci décide de garder à l'armée toute sa crédibilité. C'est la sécurité de la Suisse qui est en jeu.

Contrairement à bien des pronostics, l'initiative pour l'interdiction des armes à domicile a été clairement rejetée par le peuple et les cantons en date du 13 février 2011. Cette nette victoire dans les urnes s'ajoute à toute une série de votes en faveur d'une défense nationale crédible. Seul l'engagement exceptionnel d'un nombre incalculable de citoyennes et de citoyens proches des milieux des tireurs, chasseurs et autres associations de milice a permis d'obtenir ce résultat. Un tel succès, obtenu par ailleurs face à des adversaires bénéficiant d'une large sympathie des médias, doit nous encourager à poursuivre notre effort en nous engageant en faveur d'une politique de sécurité garante de paix et répondant à nos légitimes attentes.

Nous devons être proactifs. Attendre bravement le déclenchement de nouvelles attaques de la part du GSSA et des ses alliés du camp rose-vert et rouge ou autres forces fatiguées, ou tout simple ment inconscientes, issues du centre mou, n'est crédible ni à moyen, ni à long terme.

Tentative de justification

La nécessité d'agir est évidente. Ni le Rapport sur la politique de sécurité, ni le Rapport sur l'armée, deux documents fondamentaux, ne répondent aux attentes légitimes et aux revendications clairement exprimées par de nombreuses associations défendant notre armée de milice.

Le Rapport sur la Politique de sécurité ne contient hélas l'once d'une stratégie. Il évite soigneusement de traiter des questions qui fâchent, celles susceptibles d'entraîner des confrontations politiques. Il se contente d'aborder le développement de l'armée sur la seule base de critères de réduction, eux-mêmes fruités des seuls aspects politico-financiers. L'analyse de la menace, soumise elle-même à la pression de la réduction des coûts, se contente pieusement d'évoquer des événements pouvant survenir à court terme et susceptibles d'être, à la limite, maîtrisés par une armée fortement réduite. La devise « probabilité avant dangerosité » ne suffit pas à la définition d'une politique de sécurité crédible et embrassant le long terme. Elle ne sert en fait qu'à conforter la décision du Conseil fédéral du 26 novembre 2008, laquelle, sous couvert d'épargne, réduisait massivement les moyens de l'armée sur les plans matériel, personnel et financier. La primauté accordée à la politique des finances par rapport à la politique de sécurité doit être remise en question. La population est aujourd'hui toujours davantage insécurisée et la confiance des militaires accomplissant leur service, et donc

confrontés quotidiennement aux déficits béants de la logistique et du matériel, se dilue rapidement.

Nécessité de se serrer les coudes

Les pierres d'angles définies dans ces deux rapports doivent être impérativement corrigées vers le haut. Que l'on y renonce et c'est notre armée, dernière réserve sécuritaire en main de notre pays, qui, laminée par la réduction massive des moyens financiers et en personnel mis à sa disposition, sombrerait bientôt dans l'insignifiance !

Les signes des temps doivent être mieux perçus, et ceci jusqu'au cœur du Palais fédéral. Le choix du Conseil fédéral de reporter le renouvellement partiel de notre flotte de défense aérienne est aujourd'hui remis en question. Des prémices de contre-courants en provenance des commissions de sécurité des Chambres fédérales nous redonnent quelque espoir. Il est aujourd'hui essentiel de soutenir personnellement et de toutes nos forces les auteurs lucides de ces initiatives prises sous la Coupole fédérale. Pour ce faire, les associations favorables à l'armée de milice doivent impérativement se serrer les coudes.

Des exigences communes

Les représentants des plus importantes de ces associations se sont rencontrés l'automne dernier sur l'initiative de l'AWM pour une séance initiale. Celle-ci a permis de proposer une plate-forme commune, entre temps agréée par l'ensemble des associations. Elle stipule en particulier que :

- Le fondement de toute action s'appuie sur les trois tâches de l'armée définies par la Constitution fédérale et des missions qui en résultent. C'est sur cette base que doivent être définies la taille et l'armement de l'armée. Une force aérienne moderne et efficace en fait partie.
- L'analyse des menaces, tout en prenant naturellement en compte les plus modernes de celles-ci, comme par exemple les armes à longue portée et la Cyberwar, doit éviter de se prononcer sur leur seul degré de probabilité. Dans cet esprit, il est essentiel de prendre en compte également les risques pouvant se manifester sur le long terme, risques générés par l'accroissement au niveau mondial des budgets militaires et la radicalisation d'Etats, dont certains ne sont pas si éloignés du nôtre.
- Il est inopportun de procéder à des réductions hâtives des dépenses militaires ou en matière d'infrastructures. Le DDPS et l'Administration doivent absolument éviter de porter préjudice à l'armée en prenant des mesures inadéquates alors que les fondements mêmes de notre politique de sécurité ne sont pas clairement définis.

Des effectifs insuffisants

Le contenu du Rapport sur l'armée apparaît sur bien des points insuffisant. S'il dresse un état des lieux

général de la situation de l'armée, la proposition de répartition des moyens sur la base des performances attendues apparaît comme une rupture. En vérité, le profil des performances ne correspond que très partiellement aux exigences énoncées dans la Constitution, comme l'indique clairement par ailleurs l'avis de droit du Professeur Rainer Schweizer d'août 2010. Les effectifs tout comme les moyens prévus ne permettent ni de faire face au cas de défense, ni d'être en mesure de venir en aide aux autorités civiles. La commission de politique de sécurité du Conseil des Etats l'a bien relevé et expressément exigé un rapport complémentaire. Il apparaît clairement que, sur la base des nouvelles variantes d'armée présentées :

- Tenant compte d'un profil de prestation clairement défini dans le temps et l'espace, un effectif minimal d'au moins 120 000 militaires d'active entièrement équipés (sans écoles et moyens liés), auquel s'ajouterait une réserve composée de militaires à disposition, représente la limite inférieure acceptable ;
- Un budget annuel d'au minimum 5 milliards de francs en faveur de la défense nationale est impérativement nécessaire. Son financement doit d'être assuré à moyen terme ;
- La nécessité de procéder au renouvellement partiel de la flotte de défense aérienne, reportée maladroitement par décision du Conseil fédéral, doit redevenir rapidement d'actualité. Sans ce renouvellement, notre Force aérienne se verrait rapidement dans une situation l'empêchant d'assurer, ne fût-ce que la police aérienne.
- Les mesures consistant à mandater des partenaires extérieurs pour l'acquisition d'équipements et autres infrastructures doivent être abandonnées ;
- Les planifications actuellement en cours et portant sur le développement de l'armée ne doivent plus se fonder sur la seule variante « mini » proposée par le Conseil fédéral, soit celle d'un effectif de 80 000 militaires. Elles doivent également prendre en compte d'autres options, à savoir les propositions d'effectifs et de moyens plus élevés telles que formulées par de nombreux parlementaires, nous l'espérons bientôt majoritaires.

Les récents événements en Afrique du Nord et dans les territoires arabes nous indiquent, une fois de plus, à quel point la situation politique peut se montrer imprévisible. La Suisse n'est pas à l'abri des répercussions pouvant être entraînées par ces bouleversements. Par exemple sous la forme de graves crises humanitaires, flots de réfugiés, rareté de l'énergie, ou évacuation de citoyens suisses.

Des catastrophes naturelles ou technologiques, telles qu'elles se sont produites au Chili, à Haïti, en Nouvelle-Zélande ou au Japon prouvent à quel point les armées peuvent être obligées de mobiliser un très grand nombre de soldats pour venir en aide aux autorités ci-

viles confrontées aux dégâts innumérables créés par ces situations. Rappelons ici simplement que dans des nations développées comme le Chili ou la Nouvelle-Zélande, les biens et la fortune des citoyens frappés par les catastrophes ont dû être protégés du vandalisme par des unités d'infanterie.

L'armée constitue la seule et unique réserve de sécurité en main du gouvernement suisse. Seule une armée équipée de façon moderne et dotée d'effectifs en suffisance peut être en mesure de remplir sa mission de défense nationale et venir en aide aux autorités civiles cantonales.

Rattrapé par la réalité

La réduction drastique des moyens accordés à l'armée, réduction dictée par la volonté de porter l'effort sur les seuls engagements prévisibles s'est révélée être pour le moins précipitée. La réalité a largement dépassé la fiction et les drames de ces derniers mois en sont la preuve. Le

devoir de la politique est de prendre en considération les menaces les plus dangereuses et de mettre à disposition les moyens pour y faire face directement, tout en tenant compte des conséquences possibles de leur développement.

Les associations de milice s'engagent à suivre très attentivement et de près l'évolution de la situation. Une bonne occasion de faire passer ses exigences et ses attentes est constituée par les élections fédérales de cet automne. La sécurité a un prix – c'est ce qu'il faudra au besoin rappeler à nos représentants à Berne. Ce sont bien eux en définitive qui portent la responsabilité de la définition du profil des prestations, de la hauteur des moyens en armement et du budget à mettre à disposition !

Andreas Widmer

Président du Groupe de travail pour une armée de milice efficiente et garante de paix (AWM)
Conseiller communal à Wil (SG)

Randbemerkung

«Kantönligest» oder Verfassungstreue?

Früher kannte die Armee operative Sicherungseinsätze, die Parlament und Bundesrat bei erhöhter Gefahr hätten anordnen können, z.B. für den Schutz eines bestimmten Grenzraumes oder den Schutz der Transversalen. In der Armee XXI waren ähnliche Einsätze unter dem Begriff «Raumsicherung» vorgesehen.

In den neuesten Entwürfen der Armee-Einsatz-Doktrin fehlen diese Einsätze völlig. Auf die Frage, warum dies so sei, kommt die lakonische Antwort, die Kantone seien gegen einen Einsatz der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit, da sie dafür zuständig seien. Es komme höchstens eine subsidiäre Verstärkung ihrer Polizeikräfte durch die Armee in Frage, so die Meinung der kantonalen Sicherheitsdirektoren. Zudem könnte man auch Sicherungseinsätze auf Stufe Bund subsidiär leisten.

Verfassung sagt etwas anderes

Vorerst zum Artikel 173, der unter dem Titel «Weitere Aufgaben und Befugnisse» der Bundesversammlung u.a. folgende Verantwortlichkeiten zuweist (Zitat):

- Sie trifft Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit*
- Wenn ausserordentliche Umstände es erfordern, kann sie zur Erfüllung der Aufgaben nach den Buchstaben a und b Verordnungen oder einfache Bundesbeschlüsse erlassen.*
- Sie ordnet den Aktivdienst an und bietet dafür die Armee oder Teile davon auf.*

Von Subsidiarität und Alleinverantwortung der Kantone für die innere Sicherheit keine Rede, im Gegenteil. Ebenso klar ist der Artikel 185 der BV, der u.a. Aufgaben des Bundesrates festlegt (Zitat):

- Er trifft Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit.*
- Er kann, unmittelbar gestützt auf diesen Artikel, Verordnungen und Verfügungen erlassen, um eingetretenen oder unmittelbar drohenden schweren Störungen der öffentlichen Ordnung oder der inneren oder äusseren Sicherheit zu begegnen. Solche Verordnungen sind zu befristen.*

4 *In dringlichen Fällen kann er Truppen aufbieten. Bietet er mehr als 4000 Angehörige der Armee für den Aktivdienst auf oder dauert dieser Einsatz voraussichtlich länger als drei Wochen, so ist unverzüglich die Bundesversammlung einzuberufen.*

Wiederum: Von Subsidiarität und Alleinverantwortung der Kantone für die innere Sicherheit keine Rede, im Gegenteil: Wenn die neue Einsatzdoktrin diesen verfassungsmässigen Aufgaben nicht gerecht wird, zeichnet sich eine weitere Verfassungsverletzung dank Kantönligest ab.

Bundesrat in der Verantwortung

- Es ist völlig einleuchtend, dass
- solche Sicherungseinsätze des Bundes über Kantongrenzen hinweggehen;
 - die Einsatzverantwortung für solche Einsätze beim Bundesrat und den militärischen Kommandanten liegt und der Bundesrat für solche Sicherungseinsätze die Rules of Engagement festlegt;
 - solche Einsätze auf Stufe des Bundes zur Wahrung der inneren Sicherheit den Charakter der Subsidiarität längst überschreiten. Wem sollten letztendlich die Truppen auf Bundesebene subsidiär zugewiesen werden? Sicher nicht der Bundespolizei.

Wenn im VBS bezüglich Raumsicherung in der Einsatzdoktrin nicht massgebliche Korrekturen vorgenommen werden, wird einer weiteren Verfassungsverletzung Tür und Tor geöffnet, und das auf Druck und einer Fehlmeinung der Kantone. Dies wäre einmal mehr inakzeptabel, meint

Argus

www.promilita.ch

Besuchen Sie die Internet-Seite!

Visitez le site internet!

Visitate il sito internet

Coesione per un esercito forte

Andreas Widmer

La Comunità di lavoro per un esercito di milizia efficace e garante della pace (AWM) intende consolidare ulteriormente la coesione raggiunta recentemente dalle differenti associazioni militari di milizia. In tal modo aumenterà la pressione sull'Assemblea federale a favore di un esercito di milizia credibile. È in gioco la sicurezza della Svizzera!

Il 13 febbraio 2011 l'iniziativa «contro la violenza perpetrata con le armi» è stata respinta dal Popolo e dai Cantoni con una chiarezza che ha superato le aspettative. Questa netta vittoria in occasione di una votazione si iscrive nella serie ininterrotta di decisioni popolari a favore di una difesa nazionale forte. La vittoria è stata ottenuta non da ultimo grazie all'impegno per l'informazione e la mobilitazione degli aventi diritto di voto profuso da innumerevoli membri delle organizzazioni di tiratori e delle associazioni militari di milizia. Questo successo, duramente conquistato contro lo schiacciante potere dei media, deve spingerci a influenzare efficacemente e tempestivamente nel senso da noi auspicato anche la definizione dei futuri parametri della politica di sicurezza. Dobbiamo agire ancora più attivamente: attendere nuovi attacchi del GSSE e dei suoi alleati dell'area di sinistra e ecologista oppure riporre fiducia nelle stanche (o spensierate) forze centriste non è un atteggiamento opportuno per l'avvenire.

Tentativo di giustificazione

La necessità di agire è evidente. Dal punto di vista delle organizzazioni militari di milizia, tanto il rapporto sulla politica di sicurezza quanto il rapporto sull'esercito sono insufficienti e non hanno soddisfatto le grandi attese per documenti fondamentali di tale importanza. Il rapporto sulla politica di sicurezza con contiene una strategia chiara, evita

le questioni centrali che contengono materia per dibattiti politici e limita a priori il futuro sviluppo dell'esercito all'ulteriore ridimensionamento di quest'ultimo per evidenti motivi di politica finanziaria. Infine, sotto la pressione del risparmio, l'analisi delle minacce viene focalizzata sugli eventi possibili a breve termine e per gestire i quali un esercito ridotto in tutti i suoi ambiti probabilmente potrebbe soltanto essere a mala pena sufficiente. Una politica di sicurezza secondo il motto «La probabilità ha la priorità sulla pericolosità» non è previdente né convincente, ma semplicemente un tentativo maldestro per giustificare la decisione del Consiglio federale del 26 novembre 2008 che prevede di ridurre massicciamente le dotazioni di materiale, gli effettivi e le risorse finanziarie dell'esercito per risparmiare. Nel campo della politica di sicurezza, il primato della politica finanziaria deve essere messo di discussione. In caso contrario, aumenterà ulteriormente l'incertezza sia tra la popolazione che tra i militari, i quali sanno quanto sia seria la situazione a causa della carenza di equipaggiamenti e risorse per l'esercizio e devono sopportarla.

I parametri definiti nei rapporti menzionati in precedenza devono essere imperativamente corretti verso l'alto. In caso contrario, sull'esercito, ultima risorsa del nostro Paese in materia di sicurezza, incombe il rischio, a causa di un ridimensionamento arbitrario delle finanze e del personale, di sprofondare presto nell'irrelevanza!

Necessità di coesione

I segni dei tempi devono giungere fino all'interno di Palazzo federale. Il Consiglio federale, che sta tirando per le lunghe l'acquisto in vista della sostituzione parziale della flotta di Tiger, sente ora i primi leggeri venti contrari dalle commissioni della politica di sicurezza. Ai protagonisti che questi

sforzi sotto la cupola di Palazzo federale è opportuno che non venga a mancare un energico sostegno personale. A tale scopo è urgentemente necessaria un'ampia coesione delle associazioni militari di milizia.

Richieste comuni

Su invito della Comunità di lavoro per un esercito di milizia efficace e garante della pace AWM, nell'autunno dell'anno scorso i rappresentanti delle maggiori organizzazioni militari di milizia si sono riuniti per una seduta iniziale. La posizione elaborata congiuntamente e nel frattempo sostenuta da tutte le associazioni militari di milizia prevede in particolare quanto segue:

- la base di tutte le attività è costituita dalle tre missioni assegnate all'esercito dalla Costituzione federale e dai compiti che ne risultano. A ciò devono essere orientati gli effettivi e l'equipaggiamento dell'esercito, di chi sono parte integrante delle Forze aeree moderne ed efficaci.
- L'analisi della minaccia non deve escludere forme moderne di minaccia quali le armi a lunga gittata o la guerra cibernetica. Occorre rinunciare a una valutazione della probabilità d'insorgenza. Devono essere considerati anche rischi a lungo termine che potrebbero risultare dalle spese d'armamento in crescita a livello mondiale e da una radicalizzazione di determinati Stati non molto lontani da noi.
- Riduzioni precipitose nell'ambito delle finanze dell'esercito e delle sue strutture non sono opportune. Prima della definizione delle basi della futura politica di sicurezza, il DDPS e l'amministrazione non devono adottare decisioni pregiudizievole.

Effettivi: insufficienti

Per quanto concerne i contenuti, anche il rapporto sull'esercito si rivela insufficiente in punti decisivi.

Pur descrivendo in maniera molto ampia lo stato attuale dell'esercito, evidenzia una frattura tra risorse attribuite e prestazioni richieste. Il profilo prestazionale è conforme solo in misura minima alla Costituzione federale, come dimostra esaurientemente anche il parere giuridico del prof. Rainer Schweizer del 23 agosto 2010. Gli effettivi e le risorse previsti non sono più sufficienti né per il caso di difesa, né per l'appoggio a favore delle autorità cantonali. Ciò è stato riconosciuto anche dalla Commissione della politica di sicurezza del Consiglio degli Stati, che ha impartito mandati complementari al DDPS. Sulla base delle nuove varianti di esercito presentate è assolutamente chiaro quanto segue

- un effettivo dell'esercito attivo (senza scuole e prestazioni di base) di almeno 120000 militari completamente equipaggiati e con la necessaria riserva di militari inattivi, costituisce il limite inferiore minimo. Tale esercito deve basarsi su un profilo prestazionale chiaramente definito negli aspetti temporali e geografici.
- Un budget per la difesa nazionale militare di almeno 5 miliardi annui è imperativamente necessario. In tale contesto deve essere garantito il finanziamento a medio e lungo termine.
- Deve essere ripresa rapidamente la procedura d'acquisto per la sostituzione parziale della flotta di Tiger, interrotta in maniera irresponsabile dal Consiglio federale, perché senza nuovi velivoli da combattimento nel prossimo futuro le Forze aeree non saranno nemmeno più in grado di garantire il servizio di polizia aerea.
- Le precipitose misure di messa fuori servizio di beni d'equipaggiamento e infrastrutture devono essere sospese.
- Le pianificazioni in corso per l'ulteriore sviluppo dell'esercito non devono orientarsi soltanto alla «variante ridotta» del Consiglio federale con un effettivo di 80000 militari, ma deve considerare un effettivo più consistente che dovrà presto essere chiaramente confermato dal Parlamento.

Gli avvenimenti in Nord Africa e nel mondo arabo evidenziano ancora una volta quanto sia instabile la situazione politica e soprattutto

imprevedibile la sua evoluzione. Anche la Svizzera potrebbe percepire rapidamente le ripercussioni – per esempio sotto forma di crisi umanitarie, flussi di profughi, scarsità di risorse energetiche oppure evacuazione di cittadini svizzeri dalle aree di crisi. Catastrofi naturali e tecnologiche come quelle accadute in Cile, Haiti, Nuova Zelanda o Giappone evidenziano che l'esercito deve poter mobilitare entro poche ore una grande quantità di militari per poter appoggiare le autorità civili nella gestione dei danni. A titolo esemplificativo, si può ricordare che in Paesi civilizzati come il Cile e la Nuova Zelanda, entro qualche giorno le proprietà dei cittadini delle zone colpite hanno dovuto essere protette dai saccheggianti ricorrendo a unità di fanteria.

Far riferimento alla realtà

L'esercito è la sola riserva in materia di sicurezza a disposizione del Governo federale svizzero. Soltanto un esercito modernamente equipaggiato e con un effettivo sufficiente per svolgere compiti che richiedono molto personale è in grado di difendere la Svizzera e la sua popolazione come pure di appoggiare le autorità cantonali. La costante riduzione (delle spese) dell'esercito focalizzata sugli impieghi più probabili è stata discreditata negli ultimi mesi dalla realtà: gli ambienti politici devono considerare le minacce più pericolose e stanziare le risorse necessarie per contrastarle e per gestirne le conseguenze.

Le associazioni militari di milizia perseguiranno questi obiettivi congiuntamente e con determinazione. Una buona opportunità per rammentare queste richieste agli ambienti politici è rappresentata dalle prossime elezioni federali. La sicurezza ha il suo prezzo – lo dobbiamo ricordare vigorosamente ai nostri rappresentanti (borghesi) a Berna, che sono responsabili del profilo prestazionale, dell'equipaggiamento e del corrispondente budget per l'esercito!

*Andreas Widmer,
Presidente della Comunità di lavoro per un esercito di milizia efficace e garante della pace AWM,
Municipale di Wil SG.*

Zur Lage

Vorhandenes Wissen und Erfahrungen nicht ignorieren!

15 Jahre hat er geschwiegen. Jetzt ist er wieder da, 81 Jahre alt, hellwach, väterlich, besonnen; besonders dann, wenn seine Kritik in der Sache auch hart und zwingend ausfällt. Er äussert sich am Sitzungstisch einer Milizorganisation engagiert zu Missständen in der Schweizer Armee, der er ein Berufsleben lang gedient hat. Von 1990 bis 1992 als ihr oberster Chef in Uniform und Generalstabschef: Korpskommandant Heinz Häslar. Am selben Sitzungstisch der selben Milizorganisation sitzt sein Nachfolger Korpskommandant Arthur Liener. In bestandener Frische auch er, die echte Sorge um die Sicherheit dieses Landes mit seinem Vorgänger teilend und überzeugt, dass sich die Schweiz nach der gescheiterten Armee XXI im Krisenfall nur ungenügend bewähren könnte. Anderer Ort, andere Milizorgani-

sation, anderes Beispiel: Mitten am Beratungstisch sitzt der Grandmonsieur aus dem Waadtland Jean Abt, damals Kommandant des Feldarmee Korps 1. Er hört aufmerksam zu, äussert sich distinguert, mit deutlicher Aussprache, was ihm erlaubt, weniger laut zu sprechen als andere. Und weil ihm schräg gegenüber der ehemalige Kommandant des Gebirgsarmee Korps, Korpskommandant Simon Küchler sitzt und heftig argumentiert, braucht es wenig Vorstellungskraft um zu erahnen, wie es zu und her ging, als die Armee funktionierte.

Vier Namen von mehreren, die zu nennen wären. Allesamt verdiente Männer, die ihre Aufträge zu ihrer Zeit erfüllt haben, was auch damals neben der täglichen, umfassenden Führungsarbeit Auseinandersetzungen, Beharrlichkeit, Schlaueit

und wohl auch ein gewisses Mass an Durchtriebenheit erforderte. Sie alle haben es heute gewiss nicht mehr nötig, sich zu profilieren. Sie alle können sich in ihrem dritten Lebensabschnitt schönere Beschäftigungen vorstellen, als sich über die schweren Fehler in der schweizerischen Sicherheitspolitik zu ärgern, die in den wenigen Jahren vor und nach der Jahrtausendwende begangen wurden und jetzt Folgen zeigen. Gerade weil sie mit ihren Argumenten keine versteckten Interessen verfolgen, müssten diese Männer mit ihren Überlegungen bei getriebenen, parlamentarischen Entscheidungsträgern auf besonders offene Ohren stossen.

Keine kalten Krieger

Wer mit ihnen spricht und bereit ist, in ihren grundsätzlichen Aussagen

das Resultat jahrelanger Erfahrung zu erkennen, kann erfolgsversprechende Schlüsse mit Zukunftswert ziehen. Wer ihnen kluge, zukunftsgerichtete Fragen stellt und zuhört, kommt keine Sekunde auf den Gedanken, man habe es mit kalten Kriegern zu tun. Zu gut sind sie über jüngste Entwicklungen innen und aussenpolitischer Natur informiert, um solche Vorwürfe, die im Umfeld der Armee XXI-Befürworter erhoben wurden, untermauern zu können. Eher könnte man sie mit einem ersten Violinisten eines berühmten Profi-Orchesters vergleichen, der seine jahrelang erarbeitete Interpretationskunst auch dann mal wieder aufblitzen lässt, wenn er längst pensioniert ist. Der Umstand, dass die schwierige Situation der Armee sowie neue Abbau- und Reformpläne von Bundesrat und Parlament viele ehema-

lige hohe Armeeverantwortliche aus dem Ruhestand an Sitzungstische treibt, wirft eine Frage auf: Wie weit dürfen Sicherheitspolitiker heute vorhandenes, greifbares und zukunftstaugliches Wissen ignorieren und so Beschlüsse fällen, die im Krisenfall von morgen über Leben und Tod entscheiden? Wer heute, vis à vis vielfältiger Bedrohungsformen, einen weiteren Abbau der Armee um zwei Drittel beschliesst, beherrscht die Kunst der umfassenden Lagebeurteilung und das dafür erforderliche Denken in Möglichkeiten nicht. Ratsam wäre deshalb, auf jene zu hören, die über solche Fähigkeiten auch im Alter verfügen. Noch wäre Gelegenheit dazu.

*Beni Gafner,
Chefredaktor*

Staatspolitische Vernunft

Nach Bundesrat und Eidg. Räten hat auch das Schweizervolk die Volksinitiative mit dem irreführenden Titel «Für den Schutz vor Waffengewalt» mit 56.3% NEIN gegen 43.7% JA unmissverständlich abgelehnt.

Geltendes Waffenrecht genügt

Der Souverän machte damit deutlich, dass das geltende Waffenrecht für die Bekämpfung von Waffenterror genügt. Es muss nur konsequent angewandt werden. Die Stimmbürger/-innen wollen keine Entwaffnung der Bürger/Soldaten und der privaten Waffenbesitzer/-innen. Sie liessen sich von den emotionalen, populistischen und ideologischen Argumenten nicht täuschen. Sie wollen keine weitere bürokratische Schikanierung der verantwortungsbewussten Waffenbesitzer/-innen.

Gegenseitiges Vertrauen

Der deutliche Entscheid des Schweizervolkes bestätigt, dass freier Waffenerwerb nach wie vor Ausdruck des gegenseitigen Vertrauens von Behörden und Bevölkerung ist. Dieses Vertrauens ist und bleibt die Basis unserer Demokratie und unseres Miliz-Systems.

Kein Sicherheitsgewinn

Mit den jüngsten Massnahmen: «Keine Taschenmunition mehr, Überprüfung der Waffenqualifikation bei der Rekrutierung, freiwillige Deponierung der persönlichen Waffe im Zeughaus etc.» wurde die Sicherheit bereits deutlich verbessert. Die Initiative richtete sich gegen die korrekten Waffenbesitzer/-innen. Kriminelle haben immer eine Waffe, eine illegale. Verzweiflungstäter/-innen finden ein Mittel zur Tat.

Mediale Unterstützung der Initiative

Es ist in unserer Demokratie einmalig, dass sich die Medien grösstenteils nur für die Initiative eingesetzt haben. Die mediale «Missachtung der gegnerischen Meinung» hatte ihren Höhepunkt an der Presse-Konferenz des Komitees «Frauen gegen die Initiative». Es erschien kein einziger Medienvertreter. Die Pressefreiheit ist unabdingbarer Teil unserer Demokratie. Diese einseitige Unterstützung der Initiative hat damit aber nichts mehr zu tun. Die Medien gaben den Gegnern der Initiative praktisch nur im «gekauften Raum» Platz. Geld stinkt ja bekanntlich nicht. Eine unglaubliche Parteienahme.

Respektierung des Volkswillens

Eine ebenso unglaubliche Parteienahme respektive Missachtung des

Volkswillens war der Abstimmungs-Kommentar von BR Sommaruga: «Sie werde sich persönlich dafür einsetzen, dass die Instrumente zum Schutz vor Waffengewalt weiter gezielt verbessert werden» und «Sie werde zum Bestreben der Kantone für Harmonisierung ihrer Informations-Systeme, sollte das Projekt stocken, Einfluss nehmen» sowie die Aufforderung: «Geben Sie Ihre Waffe ab». Auch wenn es ihrer persönlichen Meinung widerspricht, hat eine Bundesrätin den Volksentscheid ohne wenn und aber zu respektieren. In unserer Demokratie ist und bleibt das Volk, auch in waffenrechtlichen Fragen, die **massgebende Macht im Staat**.

Bekanntnis zur Miliz-Armee

Der Abstimmungskampf wurde von den Initianten/-innen und Medien fast ausschliesslich unter dem irreführenden Motto: «Armeewaf-

fen im Zeughaus verhindern Waffenterror» geführt. Der grosse, überwiegende Teil des privaten, verantwortungsbewussten Waffenbesitzes wurde – in eindeutiger Täuschungsabsicht – ebenso ausgeblendet, wie auch die eigentlichen Ursachen von häuslicher Gewalt. Die Initianten/-innen machten den Abstimmungskampf zum Plebiszit über unsere Miliz-Armee. Ihre Abschaffung ist bei GSoA und SP bekanntlich ja Programm. Dieser Schuss ging nach hinten los. Die **Abstimmung wurde** dank der staatspolitischen Souveränität des Schweizervolkes **zum deutlichen Bekenntnis zur Miliz-Armee**.

Herzlichen Dank allen staatspolitisch vernünftigen Stimmbürgern/-innen sowie allen die für den unmissverständlichen Volksentscheid gekämpft haben !

Willy Pfund, alt Nationalrat, Präsident proTELL.

Raison d'État

Après le Conseil fédéral et les chambres fédérales, le peuple suisse a également refusé nettement l'initiative populaire au titre trompeur «Pour une protection face à la violence des armes» avec 56,3% de NON contre 43,7% de OUI.

Le souverain a clairement exprimé que la législation sur les armes en vigueur suffisait contre l'usage abusif d'armes. Elle doit simplement être appliquée de manière conséquente. Les votant(e)s ne veulent pas de désarmement des citoyens/soldats et des détenteurs/trices d'armes privées. Ils ne se sont pas laissé tromper par les arguments émotionnels, populistes et idéologiques. Ils ne veulent plus de chicaneries bureaucratiques pour les détenteurs/trices d'armes conscient(e)s de leurs responsabilités.

Confiance mutuelle

La nette décision du peuple suisse confirme que la libre possession

d'armes reste l'expression de la confiance mutuelle entre les autorités et la population. Cette confiance est et reste la base de notre démocratie et de notre système de milice.

Pas de gain de sécurité

Avec les dernières mesures: «pas de munition de poche, contrôle de la capacité à manier une arme lors du recrutement, dépôt volontaire de l'arme personnelle dans un arsenal, etc.», la sécurité a déjà été nettement améliorée. L'initiative est uniquement dirigée contre les détenteurs/trices d'armes conscient(e)s de leurs responsabilités, car les criminels ont toujours une arme, illégalement. Les personnes désespérées trouvent toujours un moyen d'agir.

Soutien médiatique de l'initiative!

Dans notre démocratie, il est unique que presque 100% des médias se soient engagés en faveur de l'initia-

tive. Pas un seul journaliste ne s'est présenté à la conférence de presse des «Femmes contre l'initiative». La liberté de presse est un élément indispensable de notre démocratie. Mais le soutien unilatéral de l'initiative n'a rien à voir avec cela. Les médias n'ont pratiquement accordé une place aux opposants à l'initiative que dans «l'espace acheté», avec des annonces payantes. Il est bien connu que «l'argent n'a pas d'odeur». Une prise de position incroyable.

Respect de la volonté populaire

Une prise de position tout aussi incroyable, le mépris de la volonté populaire, revient à Mme la Conseillère fédérale Sommaruga dans son commentaire le jour du scrutin: «elle s'engagera personnellement afin d'améliorer encore de manière ciblée les instruments de protection contre la violence des armes» et «elle usera de son influence dans les efforts des cantons pour l'harmonisation d'un système d'information si le projet devait se bloquer» ainsi que pour l'appel visant «à restituer son arme». Même si cela est en contradiction avec ses convictions personnelles, une Conseillère fédérale se doit de respecter sans condition une décision du peuple. Dans notre démocratie, le **peuple est et demeure la puissance déterminante de l'Etat**, ceci également dans les questions relatives au droit sur les armes.

liale. Les initiateurs et les initiatrices de l'initiative ont transformé la bataille du scrutin en plébiscite sur notre armée de milice. Sa suppression fait partie du programme tant du GSSA que du PS. Ce trait a manqué la cible. Grâce à la souveraineté du peuple suisse en matière de politique de l'Etat, le **scrutin a débouché sur une profession de foi claire et nette en faveur de l'armée de milice**.

Profession de foi en ce qui concerne l'armée de milice

La bataille sur le scrutin a été menée par les initiateurs et les initiatrices ainsi que par les médias presque exclusivement avec le slogan trompeur «les armes de l'armée à l'arsenal empêchent leur emploi abusif». La grande part, prépondérante, d'armes privées détenues par des personnes conscientes de leurs responsabilités a été volontairement masquée, tout comme les causes réelles de la violence fami-

Un grand merci à tous les citoyens et à toutes les citoyennes, politiquement raisonnables, qui ont voté et se sont engagées pour une décision populaire sans équivoque!

Willy Pfund, ancien Conseiller national, Président proTELL.

Buonsenso civico

Dopo il Consiglio federale e le Camere federali, anche il popolo svizzero ha respinto in modo inequivocabile l'iniziativa popolare dal fuorviante titolo «per la protezione dalla violenza perpetrata con le armi» con il 56.3% di NO a fronte del 43.7% di SI.

Il popolo ha chiaramente evidenziato che il vigente diritto sulle armi protegge a sufficienza dagli abusi con le armi. Esso deve soltanto essere applicato con coerenza. Gli elettori non vogliono il disarmo dei cittadini-soldato e dei detentori privati di armi e non si sono lasciati ingannare dalle argomentazioni emozionali, populistiche e ideologiche. Inoltre il popolo non vuole nemmeno ulteriori vessazioni burocratiche per i detentori di armi.

Fiducia reciproca

La chiara decisione del popolo svizzero dimostra che la detenzione liberale di armi è tuttora espressione della fiducia reciproca tra le auto-

rità e la popolazione. Questa fiducia è la base della nostra democrazia e del nostro sistema di milizia.

Nessun miglioramento della sicurezza

Con i più recenti provvedimenti, quali il ritiro della munizione da tasca, la verifica dell'idoneità a detenere l'arma d'ordinanza eseguita in occasione del reclutamento, il deposito volontario dell'arma personale presso gli arsenali ecc., la sicurezza è notevolmente migliorata. L'iniziativa avrebbe colpito i detentori di armi responsabili, poiché i criminali riescono sempre a procurarsi un'arma, chiaramente in maniera illegale, e gli autori di gesti folli riescono sempre a trovare un mezzo per raggiungere il loro obiettivo.

Sostegno mediatico dell'iniziativa

È la prima volta che nel nostro Stato democratico la maggior parte dei media si sia battuta solamente a fa-

vore dell'iniziativa. Il «disprezzo» mediatico nei confronti delle idee degli oppositori ha raggiunto il suo culmine in occasione della conferenza stampa del comitato «Donne contro l'iniziativa». In questa occasione non si è presentato nemmeno un rappresentante dei media. La libertà di stampa è una parte inalienabile della nostra democrazia. Tuttavia questo sostegno unilaterale all'iniziativa non ha più nulla a che vedere con la libertà di stampa. I media hanno concesso agli oppositori praticamente solo «spazi a pagamento»: come noto, pecunia non olet (il denaro non ha odore). Si è trattato di incredibile faziosità.

Rispetto del volere del popolo

Un'espressione di incredibile faziosità e allo stesso tempo di mancanza di rispetto del volere del popolo è stato il commento sull'esito della votazione della consigliera federale Sommaruga, la quale «si impegnerà personalmente per fare in

modo che gli strumenti a disposizione per migliorare la protezione dalla violenza perpetrata con le armi vengano potenziati anche in futuro» e ha affermato che «interverrà personalmente nel caso in cui ci dovesse essere un blocco nell'armonizzazione del sistema di informazione tra i Cantoni», aggiungendo infine «riconsegnate le vostre armi». Anche se non rispecchia la sua opinione personale, una consigliera federale deve rispettare la volontà del popolo senza ma e senza se. Nella nostra democrazia il **popolo è il potere decisivo all'interno dello Stato**, anche per le questioni in materia di diritto sulle armi.

Riconoscimento per il sistema di milizia

La campagna in vista della votazione è stata portata avanti dagli iniziativaisti e dai media praticamente solo con il fuorviante motto «le armi d'ordinanza negli arsenali evitano gli abusi». Si è preferito,

consapevolmente, non parlare del gran numero di privati detentori responsabili di armi, così come delle vere cause della violenza domestica. Gli iniziativaisti hanno trasformato la campagna in vista della votazione in un vero e proprio voto popolare sul nostro esercito di milizia. L'abolizione di quest'ultimo come noto fa parte degli obiettivi del programma del Gruppo per una Svizzera senza esercito e del Partito socialista. Tuttavia, questa strategia non ha avuto un gran successo e la **votazione** è stata, grazie al senso civico del popolo, un vero e proprio **riconoscimento per l'esercito di milizia**.

Ringrazio di cuore tutte le cittadine e i cittadini che hanno votato dimostrando responsabilità e senso civico, nonché tutti coloro che si sono battuti per questa decisione popolare inequivocabile!

Willy Pfund, già Consigliere nazionale, Presidente di proTELL.

Die geheimen Dienste der Schweiz nach dem zweiten Weltkrieg

Gregor Roos

Während des Kalten Krieges befassten sich die Armeeführung und die Politiker mit der Idee des Aufbaues eines Volkswiderstandes angesichts der Bedrohung durch die roten Mächte mit ihrer Expansionspolitik und aus Angst vor dem Kommunismus. In der Folge entstanden geheime Dienste, die einen klaren Auftrag hatten. Einige Akteure entwickelten aber eine ausufernde Eigendynamik im rechtsfreien Raume. Die PUK EMD hat 1990 die geheimen Aktionen aufgearbeitet. Es ist gut zu wissen, dass die heutigen Nachrichtendienste der Schweiz aufgrund klarer gesetzlicher Grundlagen tätig sind: Der Nachrichtendienst des Bundes (NDB), der Strategische Nachrichtendienst (SND), der Dienst für Analyse und Prävention (DAP) sowie der Militärische Nachrichtendienst (MND).

Eigentlicher Auslöser für die Schaffung von Widerstandsorganisationen war das Postulat Nationalrat (LdU) Erwin Jaeckle vom 3.12.1956 mit dem Wortlaut:

«Der Bundesrat wird im Hinblick auf den ungarischen Aufstand gebeten zu prüfen, welche Vorkehren in Organisation und Ausbildung getroffen werden können, um den totalen Volkswiderstand gegebenenfalls über die Feldarmee hinaus aufzunehmen und zu sichern.»

Der Spezialdienst vor 1976

Unter dem Departementschef Bundesrat Rudolf Gnägi und dem Generalstabschef Johann Jakob Vischer erliess der Unterstabschef Nachrichten und Abwehr Div Carl Weidenmann am 23. Juli 1973 Weisungen zur Schaffung eines Spezialdienstes.

Auftrag:

- beschafft Nachrichten über Gegner und Umwelt (im feindbesetzten Gebiet)
- hält moralischen und passiven Widerstand der Bevölkerung aufrecht
- führt beschränkte Sabotageaktionen und Attentate durch.

Organisation:

- Ein Armeestabteil, der für die Führung und Ausbildung der Widerstandsorganisation verantwortlich war
- Vertrauenspersonen in der ganzen Schweiz, welche für die Rekrutierung und Betreuung der Mitglieder zu sorgen hatten
- Die eigentliche Widerstandsorganisation, welche die oben erwähnten Aufgaben hätte erfüllen müssen.

Der Spezialdienst unter Oberst Albert Bachmann

1976 übernahm Oberst Albert Bachmann den Spezialdienst, der zahlenmässig ein kleines Kader umfasste und sich vorwiegend theoretisch mit der Vorbereitung der Widerstandes beschäftigte. Neben rund 100 ausgebildeten Spezialisten für die Bereiche Sabotage und Übermittlung waren regionale Chefs und Unterchefs mit etwa

1000 Vertrauenspersonen in der ganzen Schweiz aktiv. Konkret befasste sich dieser Spezialdienst mit den Vorbereitungen in Bezug auf einen möglichen Exilregierungs-sitz des Bundesrates auf einem Landgut in Irland (Bundesratsexil). Oberst Bachmann war irischer Abstammung!

Der Ausschuss REWI

Der Ausschuss REWI (Widerstand im Rahmen der Gesamtverteidigung) war ein ständiger Ausschuss des Stabes Gesamtverteidigung, der geeignete Massnahmen für eine koordinierte Vorbereitung des Widerstandes im feindbesetzten Gebiet vorschlagen sollte.

Projekt 26 (P-26)

Nach der Ablösung von Oberst Bachmann als Chef des Spezialdienstes begann im Einvernehmen mit Bundesrat Georges-André Chevallaz die Armeeführung ein neues Konzept für die Vorbereitung des Widerstandes im feindbesetzten Gebiet zu erarbeiten. Gestützt auf den Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz von 1973 erliess der damalige Generalstabschef KKdt Jörg Zumstein 1981 das entsprechende Grundlegendokument

mit der Zielsetzung der Wiederherstellung der schweizerischen Souveränität in rechtsstaatlicher Freiheit in den heutigen Grenzen. Er schuf damit die Organisation mit dem Namen Projekt 26 (P-26) mit folgendem Auftrag:

- Planung und Vorbereitung der Führung, des Einsatzes, der Ausrüstung und der logistischen Unterstützung der Widerstandsorganisation
- Rekrutierung und Ausbildung einer Kaderorganisation ergänzt durch Fachspezialisten
- Sicherstellung von Schutz und Kontinuität der Widerstandsorganisation
- Aktivieren des Widerstandes im feindbesetzten Gebiet auf Befehl
- Führen des Widerstandes auf Befehl.

Die Einsatzszenarien vom April 1982 wurden wie folgt definiert:

Der Fall Durchmarsch: Teilbesetzung des Landes

Der Fall Einfall: führt zur Teilbesetzung und zur Eroberung des Landes

Fall Besetzung: Schweiz wird militärisch erobert und besetzt und allenfalls durch die Besatzungsmacht nach Sprache und Kultur den entsprechenden europäischen Regionen zugeteilt.

Fall Umsturz: Als letzter Fall erscheint der innere Umsturz durch Erpressung, Unterwanderung und/oder dergleichen möglich.

P-26 war eine auf die Friedensverhältnisse ausgerichtete Ausbildungsorganisation, deren embryonale, kaderlastige Feldorganisation erst im Zuge eines von der Behörde angeordneten mehrstufigen, langdauernden Aktivierungsprozesses zu einer einsatzbereiten Widerstandsorganisation ausgebaut werden konnte.

Das Konzept von P-26 als einer von

der Armee und der Bundesverwaltung völlig losgelösten Organisation gründete auf der Überlegung, dass sie im Falle einer Unterwerfung der obersten Landesbehörde unter eine allfällige Besetzungsmacht den Weisungen der Regierung nicht unterworfen und damit frei wäre, den Widerstand aufzunehmen und zu führen.

P-26 war begleitet von einem (geheimen) Beirat mit der Bezeichnung «Gruppe 426», der den Generalstabschef und den Chef von P-26 zu beraten hatte.

Chef von P-26 war Oberst i Gst Efreim Catellan (*1931) mit Codenamen «RICO». Er war Berufsoffizier in der Inf RS in Liestal und in der Inf OS in Bern, wechselte als Direktor zur Schweizerischen National-Versicherungs-Gesellschaft und wurde von Generalstabschef KKdt Jörg Zumstein als Chef P-26 berufen.

P-26 war nach dem Regionalprinzip über das ganze Land verteilt, und jede der etwa 80 Gruppen arbeitete für sich, koordiniert durch den Stab von Catellan. Zur Zeit der Aufdeckung bestand der Organisation aus etwa 400 Personen, wobei Spezialisten z.T. in England ausgebildet wurden. Über Struktur, Bestand und Rekrutierung, Bewaffnung, Anlagen, Ausbildung, Finanzierung (aus öffentlichen Mitteln) sowie Materialbeschaffung und Finanzkontrolle erfolgt im PUK-Bericht je eine detaillierte Würdigung.

Die Projekte PANA und PEGASUS

Oberst Albert Bachmann wurde vom Unterstabschef Nachrichten und Abwehr Div Richard Ochsner beauftragt, zwei Varianten für eine Nachrichtenorganisation auszuarbeiten. Die eine trug den Decknamen PANA (Privater Auslandnachrichtendienst) und die andere nannte sich Operation PEGASUS, später Organisation P. Diese Variante wurde vertieft ausgearbeitet (Auftrag von Div Ochsner an Oberst Bachmann vom 30. April 1979).

Das Projekt 27 (P-27)

Divisionär Mario Petitpierre als Unterstabschef Nachrichten und Abwehr (UNA) schuf mit dem Projekt 27 den ausserordentlichen Nachrichtendienst. Da der ordentliche Nachrichtendienst bei der Nachrichtenbeschaffung nur bis zu einem gewissen Grade Risiken eingehen könne, müsse der ausserordentliche Nachrichtendienst (P-27) diese Lücke schliessen.

Als weitgehend selbständige Auslandnachrichtenbeschaffungsstelle steht P-27 deshalb ausserhalb von Armee und Verwaltung und ist somit in der Lage, «erhöhte Risiken einzugehen und mit unkonventionellen Mitteln und Methoden Auslandnachrichten zu beschaffen». Generalstabschef Jörg Zumstein erliess am 25. Oktober 1985 einen neuen Auftrag an P-27 und regelte die Unterstellung neu: Der Chef P-27 wurde dem Generalstabschef unterstellt, operationell dem Unterstabschef Nachrichten und Abwehr, Div Mario Petitpierre.

Als Beratungsgremium des Chefs P-27 wurde ein Konsultativrat mit der Bezeichnung «Kronrat» geschaffen.

Die beiden Chefs von P-27 waren bis zur Funktionsübernahme selbständig in der Privatwirtschaft tätig und hatten dabei weitläufige internationale Beziehungen erworben. Sie verfügten über Kontakte zu ausländischen Persönlichkeiten in den Bereichen Kultur, Wissenschaften, Militär und Politik.

Personelle Folgen nach der Aufdeckung

Div Carl Weidenmann musste seinen Posten räumen. Hans-Rudolf Strasser, Informationschef EMD, Mitglied im Führungsstab P-26, wurde gefeuert. Oberst Albert Bachmann wurde frühzeitig pensioniert. Später wurde auch der Chef UNA Div Hans Schlup abgelöst und als Verteidigungsattaché nach Washington «abgeschoben», wo er im Amt verstarb.

Wertung PUK EMD

Die Tatsache, dass die PUK EMD nebst einer parlamentarischen Initiative vier Motionen, acht Postulate sowie acht Empfehlungen formulierte, lässt darauf schliessen, dass geheimdienstliche Aktionen, die Tätigkeiten der Nachrichtendienste sowie die fehlenden gesetzlichen Grundlagen zu Fehlverhalten von einzelnen Verantwortungsträgern, von Amtsstellen und hohen Staatsbeamten führten. Sie weisen aber auch darauf hin, dass gerade

durch die vorerwähnten Interventionen der PUK EMD versucht wurde, gesetzeskonforme Abläufe und vor allem das Vertrauen der Bevölkerung in die Institutionen wiederherzustellen.

Berücksichtigen müssen wir aber auch, dass gewisse Vorgänge und geheime Organisationen während der Zeit des Kalten Krieges von der Angst vor einem roten Aggressor mit ausgeprägter Expansionspolitik und vom Schreckgespenst des Kommunismus geprägt waren.

Persönliche Bemerkung

Ich war von Februar 1980 bis Ende Dezember 1983 Militärdiplomat (Verteidigungsattaché VA) in Wien, Belgrad und Prag. Weder während meiner Vorbereitung auf diese Aufgabe (ab Mitte 1979) noch in der Zeit als VA wurde ich je mit den vorerwähnten Projekten konfrontiert. Erst nach Auffliegen von P-26 Ende 1989 bekannten sich zwei meiner Berufskollegen/Instruktionsoffiziere mir gegenüber als ehemalige Mitglieder von P-26. Der eine ist inzwischen verstorben, der andere lebt als Rentner im Tessin.

Der Autor

Oberst Roos war Gymnasiallehrer, Berufsoffizier, Militärdiplomat (VA in Wien, Belgrad und Prag), Chef Stabsstelle Planung und Information sowie Aushebungsoffizier. In seiner Milizfunktion war er Kompanie-, Bataillons- und Regimentskommandant.

Die Nachrichtenchefs der Armee nach dem zweiten Weltkrieg

Bezeichnung: Unterstabschef Nachrichten und Abwehr (UNA)

1937–1946
1946–1949
1950–1956
1957–1963
1963–1967
1967–1977
1977–1981
1981–1988
1989–1990
1990–1999

Roger Masson (1894–1967)
Robert Frick (1902–1980)
Charles Daniel (1902–1962)
Emilio Lucchini (1904–1975)
Pierre Musy (1910–1990)
Carl Weidenmann (*1921)
Richard Ochsner (1922–2010)
Mario Petitpierre (1926–2008)
Hans Schlup (1936–1996)
Peter Regli (*1944)

1.7.1990
1.7.1991
1993–23.8.1999

Unterstabschef Nachrichten und Abwehr a.i.
Unterstabschef Nachrichten und Abwehr
Unterstabschef Nachrichtendienst

23.8.1999–31.12.2000

Martin von Orelli (*1944) Unterstabschef Nachrichtendienst a.i.

Ab 1.1.2001

Neuorganisation

2001–31.5.2008

Hans Wegmüller (*1944) Direktor Strategischer Nachrichtendienst
Paul Zinniker (*1959) Direktor Strategischer Nachrichtendienst
Neuorganisation: Schaffung des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB)

Ab 1.6.2008

Ab 1.1.2010

Zusammenführung des Strategischen Nachrichtendienstes (SND, Auslandnachrichtendienst) mit dem Dienst für Analyse und Prävention (DAP, Inlandnachrichtendienst).

2010–

Markus Seiler (*1969), Direktor des Nachrichtendienstes des Bundes

Militärischer Nachrichtendienst

Daneben existiert auch der Militärische Nachrichtendienst (MND/J2), der eng mit dem NDB zusammenarbeitet.

Chef MND: Brigadier Jean-Philippe Gaudin (*1962)

Armee und Bundeshaus

Vom Feilschen um Armeebestände und Geld Sparen an der Sicherheit wird sich rächen

Bei Erscheinen dieser Zeitung wird die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates den Armebericht 2010 und den Zusatzbericht vom März 2011 voraussichtlich fertig beraten und über Armeebestände und Geld entschieden haben. Was wird sie dem Ratsplenum in der Sommersession beantragen?

Wird dem Bundeshaus im Juni weisser oder wiederum schwarzer Rauch entsteigen? Wird diesmal der parlamentarische Wind in Richtung einer verfassungsmässigen und bedrohungsgerechten Milizarmee wehen? Die Ausgangslage ist widersprüchlich.

Armee XXI: Planungsschrott

Nachdem sich der tarnende Nebel über der Armee reform XXI verzogen hatte, kam deren Scheitern wesentlichster Teile zum Vorschein, zum Beispiel in der Ausbildung und in der Logistik. Die meisten Mängel sind erkannt und werden mühsam verbessert, jedoch bleiben nahezu irreparable Schäden zulasten der Miliz.

Die Verursacher für den Planungsschrott XXI waren die heimlichen Verfasser und ihre willigen Vollstrecker der versteckten Agenda, die Schweizer Armee zu zentralisieren, zu internationalisieren und zu entkantonalisieren. Die Schweizer Armee sollte verfassungswidrig und milizfeindlich nach ausländischem Muster vorerst in eine Wehrpflichtarmee (Grundwehrdiner mit Berufs- und Zeitskader) und später in eine freiwillige Berufarmee umgewandelt werden. Führung und (Grund)Ausbildung sollten «professionalisiert» werden und Kommandanten ab Stufe Kompanie nur noch die anstatt Instruktionen neu Berufsoffiziere Genannten.

Brandschwarzer Rauch

Das Parlament korrigierte das Vorhaben nur kosmetisch, und die Armee XXI nahm ihren unheilvollen Lauf. Hauptverantwortlich waren sowohl CVP und FDP als auch die gespaltene SVP und die ausserdienstlichen militärischen Milizvereinigungen. Fast alle standen in ihrer Vasallentreue stramm zum VBS und vermeintlich auch zur Armee.

Noch zwei weitere Male stieg schwarzer Rauch aus dem Bundeshaus aus. Erstens billigte das Parla-

ment im Jahre 2007 den «Entwicklungsschritt 2008/11» – in Tat und Wahrheit ein unverantwortbarer und undemokratischer Abbau-schritt im Vergleich zu der in der Referendumsabstimmung vom Mai 2003 immerhin angenommenen Armee XXI. Zweitens nach dem einsamen, grobfahrlässigen und verfassungswidrigen Entscheid des damaligen Bundesrates vom November 2008, die Armee massiv zu schwächen.

Weisser Rauch dank Miliz?

Die Auseinandersetzung um die Schweizer Armee ist zu einem widerlichen Feilschen um Bestände und Geld verkommen. Es droht ein korrupter Kuhhandel zwischen den Parteien auf Kosten der Armeeangehörigen und der Sicherheit unseres Landes. Die Milizvereinigungen haben jedoch ihre Lehren aus der vorher zu nachgiebigen Haltung gegenüber VBS, Bundesrat und Parlament gezogen und ihre wohlbegründeten Forderungen öffentlich gestellt.

Aus heutiger Sicht wird das Parlament in der Sommer- und Herbstsession 2011 über Armebericht, Zusatzbericht und über einen entsprechenden Bundesbeschluss mit den personellen, materiellen und finanziellen Eckwerten für die Armee entscheiden. Die Miliz ist aufgerufen, auf ihren begründeten und berechtigten Forderungen zu bestehen und das Stimmverhalten der Parteien und ihrer Parlamentarier im Hinblick auf die Wahlen 2011 auszuwerten.

Forderungen der Miliz

1. Ablehnung des bundesrätlichen Armeberichts mit 80000 Armeeangehörigen und 4,4 Milliarden Franken; keine vorweggenommenen Abbaumassnahmen!
2. Vollständig ausgerüstete Milizarmee mit mindestens 120000 aktiven Angehörigen plus Reserve; Jahresbudget von gut 5 Milliarden Franken plus Anschubfinanzierung; Ersatzbeschaffung von Kampfflugzeugen.

Eines ist sicher: Die Welt ist nicht friedlich und stabil geworden, im Gegenteil. Das Sparen an der Sicherheit unseres Landes rächte sich, schneller als jetzt vorstellbar.

Heinrich L. Wirz,
Bundeshaus-Redaktor.

L'Association Pro Militia rend visite à l'armée d'aujourd'hui

Chers membres de Pro Militia

Le commandant de corps André Blattmann, chef de l'armée, nous donne la possibilité d'assister à la répétition générale de la démonstration qu'il présentera, le jour suivant, aux représentants de l'économie. Le thème en est : l'instruction moderne des formations en temps réel grâce à l'appui de simulateurs. Il se réjouit d'une belle participation de notre part et des contacts personnels qu'il pourra avoir avec nos membres.

Le comité

Programme

Emplacement et date	lundi 12 septembre 2011, 1045-1600 à St. Luzisteig
Déroulement	1015 – 1030 Arrivée, café et croissant 1045 – 1215 Salutations
	1215 – 1330 Informations concernant Pro Militia 1400 – 1600 Informations sur la démonstration à venir dès 1615 Repas de midi – Imbiss Démonstration Voyage de retour

Arrivée

par train ou auto (voir détails en allemand annexés)
Indiquez svp votre choix par une croix sur le bulletin de versement annexé.

Coûts

Frs 25.– (boissons non comprises lors du repas de midi)

Annonce

Par l'intermédiaire du bulletin de versement. Nombre de participants limité à 200. Inscriptions à réception du versement.

Dernier délai pour l'inscription : 1er juillet 2011

Pro Militia visita l'esercito di oggi

Cari soci di Pro Militia,

il comandante di corpo André Blattmann, capo dell'esercito, ci consente di assistere alla prova generale della dimostrazione che sarà presentata il giorno successivo ai rappresentanti del mondo economico. Tema: la moderna istruzione di reparto con il supporto di simulatori in tempo reale. Sarà lieto di accogliere un folto gruppo di partecipanti e curare i contatti con i soci.

Programma

Luogo e data	Lunedì 12 settembre 2011, ore 1045-1600 sul St. Luzisteig
Programma	1015-1030 Arrivo, caffè e gipfeli 1045-1215 Saluto
	1215-1330 Informazioni su Pro Militia 1400-1600 Informazioni sulla dimostrazione dalle 1600 Spuntino di mezzogiorno Dimostrazione Rientro

Viaggio

con il treno o l'auto, per i dettagli vedere più sotto.
È indispensabile crociare la casella che fa al caso sulla polizza di versamento (sotto «Motivo del versamento»).

Costo

Fr. 25.– escluse le bevande durante lo spuntino di mezzogiorno

Iscrizione

Effettuando il versamento mediante la polizza che figura in fondo al foglio con il programma in lingua tedesca allegato a questo numero del giornale. Il numero di partecipanti è limitato a 200; le iscrizioni saranno considerate secondo l'ordine di ricevimento del pagamento.

Ultimo termine per il pagamento: 1° luglio 2011

Indicazioni per il viaggio

1. Per chi viaggia con l'auto

- Utilizzare la A13
- Uscita nr. 12, Bad Ragaz
- Accesso via Fläsch, segnalazione del percorso verso la piazza d'armi St. Luzisteig (Waffenplatz St. Luzisteig) mediante cartelli indicatori giallo-neri **AZH**
- Sono a disposizione un sufficiente numero di parcheggi
- **Sulla polizza di versamento è indispensabile indicare che vi recherete sul posto con l'auto.**

Hinweis

Bücherbergwerk Monbijou, Bern Fundgrube für Militaria

Im Bücherbergwerk an der Monbijoustrasse 16 in Bern findet sich auf rund 800 m² ein vielfältiges und grosses Angebot an gut erhaltenen Büchern (über 200 000 Exemplare) zu erschwinglichen Preisen. Die Kundschaft findet im Angebot Raritäten und vergriffene Bücher.

Bücherbergwerk Monbijou
Monbijoustrasse 16, 3001 Bern
buecherbergwerk@sah-be.ch
Telefon 031 381 71 25
Homepage www.sah-be.ch
Mo geschlossen
Di-Fr 10.00–17.00
Sa 11.00–15.00

Museum im Zeughaus: «Neues Ziel!»

Bis 4. Dezember wird im Museum im Zeughaus in Schaffhausen eine bemerkenswerte Ausstellung unter dem Thema «Neues Ziel! – Die Schweizer Artillerie im Wandel der Zeit» präsentiert. Themen der Ausstellung sind unter anderen: Die Kulturgeschichte des Schwarzpulvers, Artilleristisches Einmaleins, Pferdegezogene Artillerie im Ersten und im Zweiten Weltkrieg, die

Motorisierung der Artillerie, die Mechanisierung der Artillerie, Miliz im Manöver und einiges mehr. Das Museum im Zeughaus verfügt über eine interessante Sammlung von Geschützen, Motor- und Panzerfahrzeugen und technischem Material der Artillerie, die zu einem grossen Teil für die neue Sonderausstellung verwendet wird. In der Ausstellung werden zudem auch

wertvolle Leihgaben der Historischen Sammlung der Schweizer Armee und sowie privater Leihgeber gezeigt.

Es ist jeweils am ersten Samstag im Monat von 10 Uhr bis 16 Uhr geöffnet. Besuche auf Voranmeldung sind jederzeit möglich.

Telefon: 052 632 78 99
Randenstrasse 34, Schaffhausen.

Buchempfehlungen Recommandations de livres Letture raccomandate

Geschichte des Schweizerischen Generalstabes – Band I – XI: Das vollständige Verzeichnis*

George Rapp/Viktor Hofer: Von den Anfängen bis zum Sonderbundkrieg. Vorwort von Hans Senn. *Der Schweizerische Generalstab, Band I.* 268 Seiten, zahlreiche schwarz/weiss Abbildungen. Verlag Helbing & Lichtenhahn, Basel 1983. ISBN 3-7190-0838-X. Verkaufspreis: Fr. 98.–/vergriffen.



Dimitry Queloz: La Suisse entre quatre grandes puissances (1874–1906). *Der Schweizerische Generalstab/L'Etat-major général suisse, Volume IV.* 422 pages, 29 illustrations. Verlag hier + jetzt, Baden 2010. ISBN 978-3-03919-164-2. Prix de vente: fr. 98.–



Hans Senn: Anfänge einer Dissuasionsstrategie während des Zweiten Weltkrieges. *Der Schweizerische Generalstab, Band VII.* 534 Seiten, 38 farbige und 7 schwarz/weiss Abbildungen. Verlag hier + jetzt, Baden 1995. ISBN 978-3-906419-58-9. Verkaufspreis: Fr. 98.–



Peter Braun: Von der Reduitstrategie zur Abwehr – Die militärische Landesverteidigung der Schweiz im Kalten Krieg 1945–1966. *Der Schweizer Generalstab, Band X (Teilbände 1 und 2).* 1055 Seiten, 69 schwarz/weiss Abbildungen und Karten. Verlag hier + jetzt, Baden 2006. ISBN 978-3-03919-004-1. Verkaufspreis: Fr. 98.–



Hans Rudolf Fuhrer/Matthias Wild: Alle roten Pfeile kamen aus dem Osten – zu Recht? Das Bild und die Bedrohung der Schweiz 1945-1966 im Licht östlicher Archive. *Der Schweizerische Generalstab, Band XI.* 672 Seiten, 35 farbige und 59 schwarz/weiss Abbildungen. Verlag hier + jetzt, Baden 2010. ISBN 978-3-03919-165-9. Verkaufspreis: Fr. 98.–



Viktor Hofer: Entstehung und Entwicklung einer interdisziplinären Institution (1848–1874) – Die Zeit des Weiterausbaus. *Der Schweizerische Generalstab, Band II.* 276 Seiten, zahlreiche schwarz/weiss Abbildungen. Verlag Helbing & Lichtenhahn, Basel 1983. ISBN 3-7190-0842-8. Verkaufspreis: Fr. 98.–/vergriffen.

Rudolf Jaun: Das Eidgenössische Generalstabskorps 1804–74 – Eine kollektiv-biographische Studie. *Der Schweizerische Generalstab, Band III.* 315 Seiten, zahlreiche schwarz/weiss Abbildungen. Verlag Helbing & Lichtenhahn, Basel 1983. ISBN 3-7190-0843-6. Verkaufspreis: Fr. 98.–/vergriffen.

Hans Rapold: Zeit der Bewährung? Die Epoche um den Ersten Weltkrieg 1907–1924. *Der Schweizerische Generalstab, Band V.* 496 Seiten, zahlreiche schwarz/weiss Abbildungen. Verlag hier + jetzt, Baden 1988. ISBN 978-3-906419-56-5. Verkaufspreis: Fr. 98.–



Rudolf Jaun: Das Schweizerische Generalstabskorps 1875–1945 – Eine kollektiv-biographische Studie. *Der Schweizerische Generalstab, Band VIII.* 583 Seiten, zahlreiche Tabellen und Grafiken. Verlag hier + jetzt, Baden 1991. ISBN 978-3-906419-59-6. Verkaufspreis: Fr. 98.–



***Der Schweizerische Generalstab/L'Etat-major général suisse:** Ein mehrbändiges militärwissenschaftliches Werk, veröffentlicht mit der Unterstützung insbesondere durch den Schweizerischen Nationalfonds und unter der Projektleitung von Dr. Roland Beck, Oberst im Generalstab.

Hans Senn: Erhaltung und Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft zwischen den beiden Weltkriegen. Vorwort von Bundesrat Kaspar Villiger. *Der Schweizerische Generalstab, Band VI.* 513 Seiten, zahlreiche schwarz/weiss Abbildungen. Verlag hier + jetzt, Baden 1991. ISBN 978-3-906419-57-2. Verkaufspreis: Fr. 98.–



Jérôme Guisolan: Le corps des officiers de l'état-major général suisse pendant la guerre froide (1945–1966): des citoyens au service de l'Etat? L'apport de la prosopographie. *Der Schweizerische Generalstab / L'Etat-major général suisse, Volume IX.* 498 pages, 52 tabulaires et graphiques. Verlag hier + jetzt, Baden 2003. ISBN 978-3-906419-75-6. Verkaufpreis: Fr. 98.–



Défense autonome, coopération militaire: La Suisse peut-elle se défendre seule?

Un petit pays, qui manque de matières premières et importe une grande partie de ses biens de consommation, et ne supporterait donc pas un blocus étanche, peut-il se défendre seul contre un envahisseur puissant et déterminé?

Par ailleurs, la neutralité est-elle compatible avec des conversations d'états-majors, officieuses ou officielles, visant à une collaboration militaire avec un Etat tiers, dans l'hypothèse d'une invasion de la Suisse? Cette question récurrente depuis les guerres de Bourgogne sous-tend la position que l'armée suisse connaît à ces jours.

[?] Les réponses de l'auteur se veulent celles que pourrait donner un homme d'Etat ou encore un haut responsable militaire, et non celles d'experts ou de juristes préoccupés de couper les cheveux en seize ou par leur carrière.

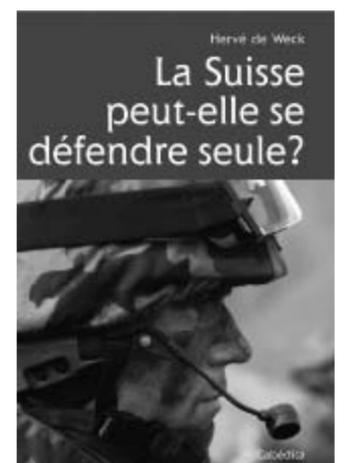
Dans le contexte de la situation difficile que connaît aujourd'hui notre armée et la cacophonie au niveau des avis des partis politiques et des prétendus experts, il est paru intéressant à l'auteur de regarder depuis la fin du Moyen Age si les cantons suisses, puis l'Etat fédératif ont pu mettre sur pied une défense autonome. Si la dissuasion échouait, auraient-ils pu se défendre seuls contre un envahisseur déterminé? Devaient-ils compter sur l'aide de l'adversaire de l'envahisseur? Dans le domaine des armements, la Suisse a-t-elle été autarcique? Il faut répondre par la négative à ces questions. La coopération avec l'étranger fait partie des traditions militaires de la Suisse.

Hervé de Weck, historien et colonel de milice des troupes mécanisées, a

été officier de renseignement, dirigeant du corps d'armée de campagne 1 (1992–2003) et rédacteur en chef de la Revue militaire suisse (1991–2006).

L'auteur conclut :

«Aujourd'hui, la première mesure efficace qui vaille, c'est de sortir la Suisse, surtout les politiciens, de leur inertie, de leur surdité et de leur aveuglement dans le domaine de la politique de sécurité.»



Hervé de Weck: La Suisse peut-elle se défendre seule? Défense autonome, coopération militaire -Des guerres de Bourgogne à nos jours. Préface par Jean Abt. 160 pages, illustrations noir/blanc, broché. Editions Cabédita, Bière 2011. www.cabedita.ch ISBN 978-2-88295-609-5 Prix de vente: Fr. 33.–

Adressänderungen

Aufruf an unsere Leserschaft

Die Post sendet nach Ablauf der Nachsendefrist das an Sie adressierte Exemplar der Zeitung Pro Militia zurück und meldet uns Ihre neue Adresse nicht mehr.

Bitte teilen Sie daher Ihre allfälligen Adressänderungen frühzeitig an die im Impressum (Seite 8 unten) angegebene E- oder Post-Adresse mit! Sie sichern sich damit den lückenlosen Empfang Ihrer Zeitung Pro Militia. (Red.)

Zusammenstellung:
Heinrich L. Wirz

Hinweise

Armeebestände? Flugzeugbeschaffung? Armee/Kantone?

Armee-Synopse: Haben Sie die Übersicht über die Daten, Fakten und Zahlen der vier Armeeorganisationen 61, 95, XXI und 2011 verloren? Wie lauten die derzeitigen Eckwerte der Schweizer Milizarmee im Vergleich zum Armeebericht vom 1. Oktober 2010 und zum Zusatzbericht vom 28. März 2011?

Tiger-Teilersatz (TTE): Wie kam es zum vielkritisierten bundesrätlichen Marschhalt und Verschiebungsentscheid vom 25. August 2010? Wie und wann soll die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge weitergeführt werden?

Armee, Bund und Kantonale Militärhoheit: Wie, wann und warum verloren die Kantone die verfassungsrechtliche Verfügungsgewalt über ihre militärischen Formationen? Welches sind die Auswirkungen auf Armee und Sicherheit?



Von der Armee 61 über die Armee 95 und die Armee XXI zum Entwicklungsschritt 2008/11 – Eine vergleichende Übersicht und Zusammenfassung (Armee-Synopse).
Format A5, 65 Seiten, illustriert.
ISBN 3-906969-38-X



Der Tiger-Teilersatz (TTE) in temporären Turbulenzen.
Mit einem Beitrag von KKdt a D Walter Dürig: «Kampfflugzeugbeschaffung im Kalten Krieg».
Format A5, 99 Seiten, illustriert.
ISBN 3-906969-41-X



Armee, Bund und Kantonale Militärhoheit – Die verfassungsrechtliche Zentralisierung des schweizerischen Wehrwesens und ihre Folgen.
Format A5, 95 Seiten.
ISBN 3-906969-44-4

Bestellen Sie Ihre Exemplare, solange Vorrat!

Pro Militia hat auf eigene Rechnung je eine limitierte Zusatzaufgabe drucken lassen.
Die Broschüren können mittels einer Vorauszahlung von **Fr. 15.– pro Broschüre / 2 Broschüren je Fr. 12.– / 3 Broschüren je Fr. 10.–** (für Selbstkosten einschliesslich Versand) bestellt werden mit jeweiligem Vermerk (Zahlungszweck): **Anzahl Synopse** und/oder **TTE** und/oder **ABK**.
Postkonto 80-500-4 (Credit Suisse, 8070 Zürich)
IBAN CH89 0483 5099 9136 2100 0
Pro Militia, Postfach 369, 3000 Bern 14

Leserbriefe

Wo stehen unsere Schweiz und ihre Armee heute?

1. Diskutiert man derzeit mit Stimmberechtigten unseres Landes über Fragen zur Landesverteidigung, so lautet deren Antwort vielfach entweder «Vom Militär ist nicht mehr viel zu spüren» oder «Machen wir doch bei einer Auslandsorganisation mit!» Vom Zweck der Schweizerischen Eidgenossenschaft gemäss Artikel 2 der Bundesverfassung mit den Begriffen Freiheit, Unabhängigkeit und Sicherheit ist kaum etwas zu hören. Solches Nicht-Wissen ist eines der schlechten Ergebnisse der Abstimmung über die Armee XXI vom 18. Mai 2003. Diese lockerte die Verankerung der Armee mit den Kantonen und mit dem Volk. Zudem wurde die Armeeführung XXI zentralisiert und die bisherige bewährte föderalistische Organisationsform mit zum Beispiel Armeekorps und Divisionen aufgegeben.

2. Zur Zusammenarbeit mit dem Ausland (EU, NATO) verweise ich auf das neu in deutscher Sprache erschienene Buch des Oxforder Historikers Michael Howard «Der Krieg in der europäischen Geschichte» (S. 195/196). Die dort aufgezeigten problematischen Entwicklungen rufen nach Korrekturen. Die «Aktion Aktivdienst» wies schon 2002/2003 auf die Armee 95 mit den Anpassungen nach dem Kalten Krieg hin. Die Begriffe «Abwehr» und «Verteidigung» schufen gute Voraussetzungen für den militärischen Schutz unseres Landes. Was heute dringend notwendig ist: Eine einfache und dezentrale Armeeorganisation mit klaren Kampfaufträgen.

3. Was zur Zeit noch wichtiger ist, als erneute militärische Umkreisungen, sind Massnahmen zur Rückbesinnung unserer Behörden auf die Prinzipien und Werte der Eidgenossenschaft. Hier muss die Basis wieder stärker einwirken. Zeichen dafür ist das Entstehen vieler kleiner Bürgergruppierungen, die sich gegen allzu viele «krumme

Wege» von amtierenden Behörden wehren. Personen die sich nicht für unser Milizsystem, die Neutralität, den Föderalismus, die humanitären Einsätze und guten Dienste einsetzen, gehören nicht in unsere politischen Behörden.

Hans Wächter, Divisionär a D, Präsident Aktion Aktivdienst bis 2009; ehemals Mitglied des Referendumskomitees gegen die Armee XXI.

Waffeninitiative: zurückgeschossen!

Am 13. Februar 2011 verwarfen Volk und Stände die Initiative für den «Schutz vor Waffengewalt» Gott sei Dank deutlich. Mir scheint es aber verfrüht, jetzt einfach wieder zur Tagesordnung überzugehen. Hiess es denn im Vorfeld der Abstimmung nicht überall, «die Ärzte» würden die Initiative unterstützen? Ich kann mich aber nicht erinnern, je gefragt worden zu sein. Ist unsere Ständesorganisation, die FMH, denn eine politische Partei, dass sie sich berufen fühlt, Abstimmungsempfehlungen herauszugeben, auch bei Themata, die über die Vertretung unseres Standes weit hinausgehen? Dabei ist die Tatsache, dass privater Waffenbesitz ein Bürger- und Freiheitsrecht ersten Ranges ist, noch nicht einmal diskutiert worden. Auch für unser Berufsbild ist diese abstimmungspolitische Empfehlung keine gute Sache. Die breite Gegnerschaft, insbesondere der Schützinnen und Schützen, werden uns das nicht so schnell verzeihen. Wie können wir derartige Entgleisungen in Zukunft vermeiden? Dazu kommt das Problem, dass unser Präsident die FMH als Wahlplattform missbraucht. Er möchte ja bekanntlich in den Nationalrat gewählt werden, und zwar bezeichnenderweise für eine Partei, die sich die Abschaffung der Armee auf die Fahne geschrieben hat.

Dr. med. Rudolf Mühlemann, Winterthur.

Ich trete bei / J'adhère / Mi faccio socio

Anmeldetalon nur für Neumitglieder
Uniquement pour de nouvelles admissions
Da utilizzare solo dai nuovi soci

Name / nom / cognome

Vorname / prénom / nome

Geburtsdatum / date de naissance / data di nascita

Strasse Nr. / rue n° / via n°

PLZ, Wohnort / NPA, domicile / NPA, domicilio

Datum / date / data

Unterschrift / signature / firma

Bitte einsenden an / renvoyer s.v.p. à:
Pro Militia / Postfach / Case postale 369; 3000 Bern 14
Postkonto / compte postal 30-31912-9

Jahresbeitrag Fr. 20.– / Cotisation annuelle frs. 20.–. Nach Einzahlung meines ersten Jahresbeitrags erhalte ich das Vereinsabzeichen / L'insigne de l'Association me sera envoyé dès le paiement de ma première cotisation annuelle

Dal Ticino e dal Grigioni italiano da spedire p. f. a:
Pro Militia, Sezione della Svizzera Italiana
Alessandra Isotta, Via dei Sindacatori 5, 6900 Massagno
Conto postale 69-1062-5

Tassa sociale annua fr. 30.–. Il distintivo dell'Associazione mi sarà spedito dopo il pagamento della mia prima tassa sociale annua.

Impressum

Nummer/Numéro/Numero
2/2011, 23.05.2011

Abschlussdatum/Date de
clôture/Data di chiusura:
06.05.2011

Druckauflage/Tirage/
Tiratura: 4600

ISSN 1662-5560

21. Jahrgang/21^e année/
21^o annata

Erscheint vierteljährlich/Paraît
trimestriellement/Trimestrale

Nummer/Numéro/
Numero 3/2011

Redaktionsschluss/Délai de
rédaction/Termine di redazione:
05.08.2011

Erscheinungsdatum/Date de
parution/Data di pubblicazione:
05.09.2011

www.promilitia.ch

Pro Militia

Herausgeber/Editeur/Editore
Pro Militia

Vereinigung ehemaliger und
eingeteilter Angehöriger der
Schweizer Armee
Association d'Anciens militaires
et de militaires incorporés de
l'Armée Suisse
Associazione di ex militari e di
militari incorporati dell'Esercito
Svizzero

Präsident/président/presidente:
André Liaudat
Vizepräsidenten/vice-présidents/
vice-presidenti: Jean Abt, Simon
Küchler
Presidente Sezione della Svizzera
italiana (SSI): Angelo Polli

**Chefredaktor/Rédacteur en
chef/Caporedattore:**
Beni Gafner, Medienzentrum
Bundeshaus, 3003 Bern,
031/311 09 49, Mobile: 078/684 90 78
redaktion@promilitia.ch

Bundeshausredaktor/Correspon-
dant parlementaire/Corrispon-
dente parlamentare:

Heinrich L. Wirz, Ritterstrasse 4,
3047 Bremgarten, 031/301 79 13
redaktion@promilitia.ch

**Geschäftsstelle/Secrétariat/
Ufficio**
Postfach/Case postale/
Casella postale 369
3000 Bern 14
sekretariat@promilitia.ch
Postkonto 30-31912-9

**Druck und Versand/Impres-
sion et expédition/Stampa e
spedizione:**
Stämpfli Publikationen AG,
Postfach, 3001 Bern

Copyright © Pro Militia
Alle Rechte vorbehalten /
Tous droits réservés/
Tutti i diritti riservati



Mitglied der Vereinigung Europäische Militärfachpresse
Membre de l'association de la presse militaire européenne
Membro dell'associazione della stampa militare europea